

Prof. Dr. Mathias Rohe
Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg
Fachbereich Rechtswissenschaft

Stellungnahme

Öffentliches Fachgespräch

zum Thema

**„Erfahrungen mit der Einrichtung Islamischer Studien
an deutschen Hochschulen“**

am 16. Januar 2013

**Stellungnahme zum öffentlichen Fachgespräch zum Thema
„Erfahrungen mit der Einrichtung Islamischer Studien an deutschen
Hochschulen“**

im Deutschen Bundestag am 16. Januar 2013

Die Einrichtung Islamischer Studien – nicht zu verwechseln mit den traditionsreichen religionswissenschaftlich-säkular ausgerichteten Islamwissenschaften – an deutschen Universitäten ist noch eine sehr neue Erscheinung. Deshalb sind gegenwärtig nur erste Beobachtungen und Einschätzungen zu formulieren, die nicht mehr als mögliche Trends angeben können. Allerdings fügen sich die Islamischen Studien in eine schon längere Entwicklung der Ausbildung islamischer Religionslehrerinnen und Religionslehrer an deutschen Hochschulen, die im Jahre 2002 zunächst an der Universität Erlangen-Nürnberg¹, in den Folgejahren dann auch an den Universitäten Münster und Osnabrück sowie an den Pädagogischen Hochschulen in Karlsruhe, Ludwigsburg und Weingarten begonnen wurde. Insofern sind die neuen Islamischen Studien nicht in allen Facetten wissenschaftliches Neuland.

A. Personen

I. Wissenschaftler

Naturgemäß ist es nicht leicht, für einen für Deutschland und weite Teile Europas völlig neuen Wissenschaftsbereich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu finden, die über eine adäquate wissenschaftliche Qualifikation für eine Lehrstuhlübernahme verfügen und sich zugleich ohne größere Mühe den deutschen Wissenschaftsbetrieb

¹ Der Verfasser ist hieran beteiligt und ist auch in die islamisch-religiösen Studien an dieser Universität als Geschäftsführer des muslimischen Beirats (Vertreter des Universitätspräsidenten) eingebunden. Die vorliegende Stellungnahme bezieht sich jedoch auf alle deutschen Standorte, mit denen er seit Jahren in regelmäßigem Kontakt steht.

einfinden. Die Zahl „Etablierter“ ist in diesem Bereich überschaubar; zugleich steht eine vergleichsweise große Zahl von Lehrstühlen zur Besetzung an. Erfreulicherweise konnten aber bislang die meisten der ausgeschriebenen Stellen besetzt werden. Andere Ausschreibungen laufen noch. Die bereits erfolgten Besetzungen spiegeln in der Gesamtschau der Standorte den ethnisch und religiös vielfältigen Hintergrund der Musliminnen und Muslime in Deutschland wider. Eine gewisse Profilbildung einzelner Standorte nach solchen Faktoren ist erkennbar.

Von besonderer Bedeutung ist nun der Aufbau von Nachwuchsgruppen – junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sollen sich hier in den nächsten Jahren weiter qualifizieren und profilieren können. Unter den zahlreichen Bewerbungen finden sich einige, die Anlass zu großem Optimismus geben. Allerdings werden auch manche Enttäuschungen bei solchen abgelehnten Bewerberinnen und Bewerbern nicht ausbleiben, die zwar erheblichen guten Willen und teilweise auch ein schon längerfristiges Engagement z.B. im inter-religiösen Bereich vorweisen können, aber eben nicht die erforderlichen Qualifikationsstandards erfüllen, auf die auch und gerade in einem neu entstehenden Feld nicht verzichtet werden kann. Dabei ist es annähernd selbstverständlich, dass eine große Zahl von Bewerberinnen und Bewerbern nicht über eine islamisch-theologische Ausbildung verfügt, die ja erst aufzubauen ist, sondern beispielsweise Islamwissenschaften studiert hat.

II. Studierende

Wenig überraschend für die deutsche Hochschullandschaft ist die starke Regionalbindung der Studierenden. Viele wohnen weiterhin in ihren Familien. Neben den hierfür allgemein zutreffenden Gründen mögen finanzielle oder kulturelle Aspekte angesichts des Familienhintergrundes vieler Studierenden eine bedeutsame Rolle

spielen; die meisten entstammen Familien mit Migrationsgeschichte aus dem türkischen und arabischen Raum sowie vom Balkan.

Der Enthusiasmus ist meist groß. Allerdings scheinen die erforderlichen soliden Arabischkenntnisse für viele Studierende, soweit sie nicht schon hinreichend des Arabischen mächtig sind, eine erhebliche Hürde darzustellen. Insofern bilden sich die Probleme der Islamwissenschaften auch in diesem neuen Studienbereich ab. Auch Englisch als Wissenschaftssprache stößt weitgehend auf Hindernisse, was die Berufung nicht- deutschsprachiger ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erschwert. Zudem sind die neuen Studien besonders anspruchsvoll, weil sie sich weitgehend noch nicht auf erprobte Strukturen und Lehrmaterialien stützen können.

Für viele Studierende – einschließlich potentiell Interessierter – sind die beruflichen Perspektiven des Studiums noch sehr vage, wenn es nicht mit Fächern oder Ausbildungsteilen verknüpft ist, die schon eine vergleichsweise sichere Perspektive bieten. Beliebte sind vor allem Studiengänge, welche ins staatliche Lehramt führen können. Der Interessentenkreis scheint deutlich größer zu sein als der Kreis derjenigen, die sich offiziell immatrikulieren: Beispielsweise nehmen am Standort Erlangen-Nürnberg an einzelnen Veranstaltungen deutlich mehr Personen teil, als es nach der Zahl der Immatrikulierten zu erwarten wäre. Dies spricht dafür, in den kommenden Jahren möglichst schnell auszuloten, welche möglichen Fächerkombinationen die bestehende Nachfrage abdecken können und zugleich die Berufsperspektiven für eine größere Zahl von Absolventinnen und Absolventen verbessert. Akademisch ausgebildete muslimische „Theologinnen“ und „Theologen“ im engeren Sinne wird der Markt in absehbarer Zeit wohl nur in vergleichsweise geringer Zahl aufnehmen können. Andererseits zeichnen sich Berufsfelder vor allem im Bereich der sozialen Arbeit ab, in

denen solide Religionskenntnisse unterhalb der Schwelle volltheologischer Studien ausreichend und nachgefragt sein werden.

B. Institutionen

Die gegenwärtig größte organisatorische Herausforderung ist die Etablierung der Islamisch-religiösen Studien unter den räumlichen und personellen Bedingungen der chronisch unterfinanzierten Massenuniversitäten (die Zahl der Studierenden steigt weit stärker als die zur Verfügung stehenden Mittel). Nicht völlig reibungslos verlief die Eingliederung in bestehende Fakultäten; bekenntnisorientierte Fächer außerhalb theologischer Fakultäten stoßen nicht selten auf Vorbehalte. Andererseits entstehen neue Kooperationsmöglichkeiten mit bestehenden theologischen oder anderen geistes- und kulturwissenschaftlichen Fächern, die offenbar auch genutzt werden.

Zudem zeigt sich gelegentlich Skepsis innerhalb der bestehenden Islamwissenschaften, welche angesichts der verwirrenden Bezeichnungen² der unterschiedlichen Studien nicht von der Hand zu weisen ist. Es erscheint umso wichtiger, der Befürchtung entgegenzutreten, dass die Einrichtung der Islamischen Studien die bestehenden säkularen Islamwissenschaften ganz oder teilweise ersetzen könnten. Im Gegenteil ist ein religionswissenschaftlich ausgerichtetes Pendant zu den islamischen Studien unverzichtbar und daher eher ausbaubedürftig. Zugleich stellt sich für die Islamwissenschaften mit neuer Vehemenz die Frage nach ihrem Selbstverständnis und der künftigen inhaltlichen Ausrichtung.

² Ins Englische wären die Islamischen Studien wörtlich mit „Islamic Studies“ zu übersetzen und würden damit fälschlich auf die religionswissenschaftlich-säkularen Islamwissenschaften abzielen.

Mit der Etablierung der islamischen Studien sind religionsverfassungsrechtliche Herausforderungen zu meistern. Es handelt sich an allen Standorten um Übergangsmodelle, die sich an derjenigen Art der Kooperation orientieren, die im Verhältnis zwischen Staat und christlichen Großkirchen etabliert ist, die aber den bestehenden Gegebenheiten einer sich erst entwickelnden muslimischen Organisationslandschaft Rechnung tragen. Die Einschätzungen darüber, ob bestehende Organisationen bereits Religionsgemeinschaften im Sinne eines Kooperationspartners beim Betrieb der islamischen Studien darstellen oder nicht, gehen wenig überraschend auseinander. Die Übergangsmodelle werden deshalb aus unterschiedlichen Richtungen kritisiert: Manche betrachten sie als ungerechtfertigte Benachteiligung muslimischer Organisationen, andere als ungerechtfertigte Privilegierung einer noch vergleichsweise wenig organisierten Religionsgruppe.

Jedoch werden die Modelle von vielen als einziger gegenwärtig realistischer Schritt zur Erreichung von Kernzielen angesehen: Der Ermöglichung wissenschaftlich fundierter Selbstdefinition muslimischer Religion im deutschen akademischen und rechtsstaatlichen Kontext. Hiervon dürften sich nicht wenige „integrative Wirkungen“ erhoffen, wenngleich sich die Frage stellen mag, wohin z.B. die ca. 2 Millionen deutsche Musliminnen und Muslime zu integrieren“ seien. immerhin wird die mit der Einrichtung der Studien verbundene „Anerkennung“ durchaus breit gewürdigt. Die Erfahrung zeigt, dass die muslimische Seite von allem zwei inhaltliche Kernanliegen verfolgt: Die Vermittlung von Glaubenszugängen durch Personen des Vertrauens mit authentischen Inhalten. Umgekehrt scheinen gelegentlich Ängste vor staatlicher Fremdbestimmung auf. In diesem Feld kommt den an den verschiedenen Standorten unterschiedlich gebildeten Beiräten eine zentrale Rolle zu. Hier herrschen noch manche Unsicherheiten, die sich in der Arbeitspraxis sicherlich vermindern lassen werden.

Zu einen ist es unübersehbar, dass die Kooperationsmöglichkeiten mit dem Staat eine politische Dimension aufweisen, die auch bestehende Rivalitäten im muslimischen

Spektrum zutage treten lassen. Dies ist ein durchaus normales Phänomen im Kooperationsmodell des säkularen, religionsoffenen deutschen Religionsverfassungsrechts. Zum anderen erscheinen die Kompetenzen und Aufgaben der Beiräte noch als wenig klar. Einerseits kann der muslimischen Seite schon aus rechtlichen Gründen nicht mehr an Partizipation eingeräumt werden als z.B. den christlichen Kirchen. Andererseits werden an die Beiräte zum Teil Erwartungen von muslimischer Seite gerichtet, die sie im Grunde kaum erfüllen können: Ihre Aufgabe ist es nicht, die aus ihrer Sicht besten Kandidatinnen und Kandidaten auszuwählen oder die aus ihrer Sicht optimalen Curricula zu erstellen, sondern nur zu prüfen, ob Personen oder Inhalte sich nicht mehr auf dem Boden bewegen, was als Facetten des Islam akzeptiert werden kann. Gerade hier zeigt sich, dass nur mit höchstmöglicher Transparenz bei allen Schritten das nötige Maß an Vertrauen entstehen bzw. erhalten werden kann.

Zudem darf prognostiziert werden, dass auch im Hinblick auf den Islam das Maß an produktiver Spannung zwischen Wissenschaft und Organisationen entsteht, das für die christlichen Konfessionen durchaus prägend ist. Die Debatten um die sogenannten „Ijaza-Ordnungen“ (vergleichbar der von christlich-konfessionellen Organisationen erteilten *vocatio* bzw. *missio canonica*) deuten in diese Richtung. Probleme kann schließlich auch die Besetzung der Beiräte verursachen. Anders als in der Kooperation zwischen Staat und als solcher anerkannten Religionsgemeinschaften übernimmt hier letztlich der Staat für eine Übergangszeit Mitverantwortung an der personellen Zusammensetzung, was im Einzelfall (Ablehnung von Kandidaten) Unstimmigkeiten erzeugen kann.

C. Reaktionen

Die Etablierung der islamischen Studien ist in Deutschland weitestgehend positiv und mit erheblichen Hoffnungen verbunden aufgenommen worden. Gegenstimmen waren vor allem von extrem laizistisch orientierten Organisationen und Personen zu hören, die jegliche konfessionelle Theologie im staatlichen Wissenschaftsbetrieb ablehnen, von radikalen Islamgegnern sowie von muslimischen Personen und Organisationen, die einen Verlust an Pluralitätstraditionen oder eine Fremdbeeinflussung befürchten.

Von christlicher Seite, nicht zuletzt den christlichen Großkirchen, ist ein großes Maß an Interesse und Unterstützung erkennbar. Allerdings besteht auch die Befürchtung, dass die Übergangsmodelle zu Verwerfungen im bestehenden System des Religionsverfassungsrechts führen können. Deshalb ist es empfehlenswert, parallel zum Lauf der Modelle an dauerhaft tragfähigen Strukturen zu arbeiten, welche sich nachhaltig in das bestehende und aufnahmefähige Religionsverfassungsrecht einfügen. Die Entwicklung in Deutschland findet mittlerweile weltweit Beachtung. Die Arbeit hat gerade erst begonnen, es besteht indes einiger Anlass zu realistischem Optimismus. Dass nach der Einrichtung der Deutschen Islam Konferenz und ihrer Folgeprojekte in den Ländern die Religion des Islam nun auch akademisch auf „Augenhöhe“ mit anderen Religionen erforscht und gelehrt werden kann, stellt einen weiteren wichtigen Schritt zu einer gesamtgesellschaftlichen Normalität des Islam in Deutschland dar.

Erlangen, 31. Dezember 2012

Prof. Dr. Mathias Rohe